

DIE »JUNI- AKTION« 1938

Christian Faludi (Hg.)



campus

Inhalt

Vorwort	7
I. Die »Juni-Aktion« im Kontext der Judenpolitik 1938	9
1. Zum Forschungsstand	9
2. Die Ausgangslage	11
3. Der »Anschluss« Österreichs und die SD-Judenpolitik.....	18
4. Das »Berliner Antijudenprogramm«.....	35
5. Die »Juni-Aktion« der »Aktion Arbeitsscheu-Reich«.....	46
6. Konzentrationslager	57
7. Ausblick: Schikane und Auswanderungsdruck	81
8. Der Fall Walter Neublum.....	93
II. Dokumente	103
Editionshinweise	103
Dokumentenverzeichnis	107
1. Die Ausgangslage.....	121
2. Der »Anschluss« Österreichs und die SD-Judenpolitik.....	138
3. Das »Berliner Antijudenprogramm«.....	157
4. Razzien am Kurfürstendamm.....	192
5. Die Anweisung zur »Juni-Aktion«.....	199

6.	Die Durchführung der Verhaftungen im Bereich der Kriminalpolizeileitstelle Bremen	204
7.	Verhaftungen und pogromartige Ausschreitungen in Berlin	224
8.	Massenverhaftungen und Ausschreitungen gegen Juden im Reichsgebiet	303
9.	Konzentrationslager	325
10.	Ausblick: Schikane und Auswanderungsdruck	367
11.	Der Fall Walter Neublum.....	382
	Abkürzungen	405
	Bibliographie.....	408
	Personenregister.....	417

I. Die »Juni-Aktion« im Kontext der Judenpolitik 1938

Die »Juni-Aktion« der Aktion »Arbeitsscheu-Reich« 1938 ist heute weitgehend als Maßnahme zur Massenverhaftung sogenannter Asozialer im »Dritten Reich« bekannt. Tatsächlich bot die Aktion aber auch Anlass für antisemitische Handlungen. Diese äußerten sich in der tausendfachen Verhaftung von Juden, deren Überführung in Konzentrationslager und in organisierten, radauantisemiten Ausschreitungen – insbesondere in der Reichshauptstadt Berlin. So unterschiedlich die einzelnen Bestandteile der Aktionen waren, so gleich gestalteten sich die dazugehörigen grundlegenden Motivlagen zum Vorgehen gegen Juden. Alle verantwortlich Beteiligten verfolgten ein gemeinsames Ziel: nämlich »die Juden ganz aus Deutschland heraus[zu]drängen«.¹

Den Kern der Untersuchung bildet die judenpolitische Komponente der »Juni-Aktion«. Neben dem Ereignis selbst und dessen unmittelbaren Folgen gilt es aber auch, die Kontexte zu ergründen, die sowohl zu den radauantisemiten Ausschreitungen als auch zu den Massenverhaftungen geführt haben. Dabei wird deutlich, dass für die Ausmaße der »Juni-Aktion« zwei nationalsozialistische Institutionen mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen zur »Lösung der Judenfrage« verantwortlich zeichneten. Träger dieser Handlungsmuster waren auf der einen Seite der Gauleiter von Berlin, Joseph Goebbels, und dessen Polizeipräsident, Wolf Graf Heinrich von Helldorff. Beide strebten ab der »Kampfzeit« mittels inszenierten radauantisemiten Straßenkrawallen danach, die Juden Berlins zu segregieren. Auf eine gesamtstaatlich zentralisierte »Lösung« orientiert waren dagegen die Vertreter eines »sachlichen Antisemitismus« aus Heinrich Himmlers und Reinhard Heydrichs Polizei- und Geheimdienstapparat. Angetrieben durch den »Anschluss« Österreichs, begannen beide Parteien ihre Anstrengungen zu intensivieren und prallten dabei aneinander. Die Gewalt entwickelte eine eigene Dynamik, was dazu führte, dass der antisemitische Aktionsismus nach den Aprilboykotten 1933 und den Ausschreitungen im Vorfeld der Nürnberger Gesetze 1935 im Sommer 1938 einen dritten Radikalisierungsschub erhielt. Nach fünf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft gelangte der Prozess der Judenverfolgung somit an einen Punkt, an dem antisemitische Ge-

¹ Dok. Nr. 13.

schäftsboykotte, Straßenkrawalle und physische Gewalt in ein neues, breiteres Stadium eintraten. Dazu kam nun auch, dass im Zuge der »Juni-Aktion« erstmals reichsweit systematisch Tausende Juden verhaftet und in Konzentrationslager überführt wurden. Letztlich setzte das Ereignis damit eine erneute judenpolitische Entwicklung in Gang, die wenige Monate später mit den Novemberpogromen ihren Höhepunkt fand.

Den Ursachen für die Ausbildung der unterschiedlichen Handlungsmuster, die bei der Gewalt gegen Juden im Sommer 1938 Anwendung fanden, wird im ersten Kapitel nachgegangen. Im Bezug auf den Radauantisemitismus in Berlin wird erörtert, in welchen Zusammenhängen diese Form der Judenverfolgung hier angewandt wurde. Daran anschließend wird der Vergleich zu den Methoden des Geheimdienstapparates gezogen. Im Zentrum der Untersuchung steht der Sicherheitsdienst der SS (SD), wo die »Lösung der Judenfrage« ab Mitte der Dreißigerjahre institutionalisiert war. Gefragt wird danach: Wie grenzte man sich im SD von den Methoden des Radauantisemitismus ab? Welche Alternativen wurden erarbeitet und worauf basierten diese?

An die Betrachtung der Ausgangslage schließt die Untersuchung der konkreten Verfolgungsmaßnahmen. Zunächst gilt es hier, die Zusammenhänge der Verhaftungsaktion vom Juni 1938 mit der »Asozialen«-Verfolgung generell und der Aktion »Arbeitsscheu-Reich« vom April 1938 im Besonderen aufzuzeigen. Welche Maßnahmen zur Verfolgung »Asozialer« wurden wann, von wem und zu welchem Zweck initiiert?

Daran anschließend werden die für den Untersuchungsgegenstand relevanten Vorgänge rund um den »Anschluss« Österreichs in den Blick genommen. Wie dehnte sich der SD in den neuen Machtbereich aus? Wie entfalteten dessen Mitarbeiter ihre Vorstellungen von Judenpolitik? Und was führte letztlich dazu, dass Juden hier erstmals gezielt und massenhaft in Konzentrationslagerhaft genommen wurden? Daraus resultierend, wird aufgezeigt, dass die Ereignisse in Österreich einen Prozess in Gang setzten, dessen unmittelbare Folge die »Juni-Aktion« war.

Ebenfalls im Kontext des »Anschlusses« wird untersucht, welche Effekte die damit einhergehenden radauantisemistischen Ausschreitungen insbesondere in Wien auf die »Alten Kämpfer« des Reiches hatten. Einmal mehr rücken dabei Joseph Goebbels und Graf von Helldorff in den Vordergrund. Es wird aufgezeigt, wie beide, von der Gewalt in Österreich stimuliert, ein eigenes »Berliner Antijudenprogramm« erarbeiteten, das in der Helldorff-Denkschrift, einem Programm zur Segregation der Juden Berlins, und erneuten Ausschreitungen Ausdruck fand. Ferner wird erörtert, wie diese Anstrengungen vonseiten Heydrichs Polizei- und Geheimdienstapparates zunächst vereitelt wurden.

Der Vollzug der Massenverhaftung von »Asozialen« und Juden vom Sommer 1938 steht im Mittelpunkt der daran anschließenden Abschnitte. Die

reichsweiten Verhaftungen werden anhand des Fallbeispiels der Kriminalpolizeileitstelle Bremen untersucht. Wie setzte die Polizei die Vorgaben Heydrichs um und mit welcher Einstellung begegneten die Beamten ihrer Aufgabe? Unter anderem wird hierbei deutlich, dass die Polizei zwar mit besonderem Engagement versuchte, die Anweisungen des Sicherheitshauptamtes zu erfüllen, die Verfolgung von Juden in provinziellen Regionen jedoch nicht im Mittelpunkt der Maßnahmen stand. Anders gestaltete sich dieses in den Ballungszentren mit großen jüdischen Gemeinden. In Berlin, das sich rasch zum Epizentrum der Verhaftungen entwickelte, nutzten einmal mehr Goebbels und Helldorff die Aktion auch dazu, den »Volkszorn« im lokalen Machtbereich zu initiieren. Wie hat sich die Gewalt gegen Juden dort konkret geäußert? Welche Faktoren zeichneten für deren Steigerung verantwortlich? Welche Wirkungen gingen damit auf Initiatoren und Opfer einher und was hat zum Stop der Maßnahmen geführt? In einem Exkurs wird diesen Dingen anschließend auch für weitere Regionen, insbesondere der zweit- und drittgrößten jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main und Breslau, nachgegangen.

Im folgenden Abschnitt geht es darum, die Situation für die Verhafteten, insbesondere die Juden, in den Konzentrationslagern zu erörtern. Im Mittelpunkt stehen dabei Betrachtungen zu den Bedingungen in den Lagern infolge der Masseneinlieferungen. Wie begegneten die Lagerverwaltungen der Überbeladung? Wie gestaltete sich die Situation für die Häftlinge? Welche besondere Szenerie bot sich in den Lagern Buchenwald und Sachsenhausen, wo bis zum Zeitpunkt nur wenige Juden inhaftiert waren? Und wie haben die Masseninhaltungen von Juden im Zuge der »Juni-Aktion« das Spektrum der Gewalt gegen Häftlinge verändert?

Abschließend bietet die Studie einen Ausblick auf die unmittelbare Folgezeit der »Juni-Aktion«. Welche Effekte hatten die zurückliegenden Ereignisse auf die Aktionisten der Berliner Gauleitung? Darauf folgend wird die Wirkung von Krawall und Masseninhaftierung auf die Opfergruppe untersucht. Ein Fallbeispiel zeigt, inwiefern die Aktionen das Handeln der Verfolgten beeinflussten und welche Chancen sich den Auswanderungswilligen im Sommer 1938 boten, die erzwungene Ausreise durchzuführen.

1. Zum Forschungsstand

Obwohl das Ereignis »Juni-Aktion« zum Zeitpunkt seines Geschehens eine neue Dimension antisemitischer Handlungen im »Dritten Reich« und eine politische Weichenstellung für die kommenden Jahre darstellte, gibt es bislang keine Gesamtdarstellung zum Gegenstand. Verlauf, Hintergründe und Auswirkungen